

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Pensionskassen-Darlehen eines von mehreren Verlustgeschäften?

Zweiter Fall bereits vorliegend – Regierungsmitglieder berufen sich auf Vertrauen in Regierungschef

(M.) – Die unheilvolle Darlehens-Gewährung für ein Luxus-Wohnobjekt in Vorarlberg durch die Regierung aus der Pensionskasse für Staatsangestellte ist noch in vielen Punkten ungeklärt, doch der zweite Fall eines Verlustgeschäfts aus der Pensionskasse für Staatsangestellte liegt bereits vor. Der Abgeordnete Johann Kindle (FBP) stellte denn auch im letzten Landtag die Frage, ob die Darlehens-Gewährung nur ein Fall von vielen sei, bei welchen die Regierung Verlustgeschäfte auf Kosten der Pensionskasse tätigte.

In der Darlehens-Gewährung ist für viele Bürgerinnen und Bürger absolut unklar, wie die Regierung dazu kam, ausgerechnet im Fall dieses Luxus-Wohnhauses als Darlehens-Geberin aufzutreten. Vor allem unverständlich erscheint es, dass letztendlich kein Regierungsmitglied gegen die Vertragsunterzeichnung opponierte.

### Vertrauen in Regierungschef gehabt

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille betont in einem Interview in unserer heutigen Ausgabe, dass der Regierungschef in dieser Sache die Ressortführung hatte und am 26. Februar 1991 bei Vorlage des Vertrages versicherte, «dass das Darlehen voll gedeckt sei». Dr. Wille weiter: «Ich darf auf die Aussage des zuständigen Regierungsmit-

glieders in einer Kollegialregierung vertrauen. Es wäre auch nicht möglich, sich eingehend mit den Traktanden der anderen Regierungsmitglieder zu beschäftigen.» Der Regierungschef-Stellvertreter beruft sich auch darauf, dass der Verwaltungsausschuss der Pensionskasse den Vertrags-Vorschlag vorgebracht hat und er deshalb davon ausging, dass der Ausschuss, welcher der Darlehensgewährung gegenüber zuvor kritisch eingestellt gewesen war, nun mit dem Vertrag einverstanden sei.

### In die Irre geführt

Was der Regierungschef-Stellvertreter gar nicht wissen konnte, war, dass der Verwaltungsausschuss offenbar in die Irre geführt wurde, was den «Beschluss» der Regierung vom 12. Juni 1990 betrifft. So betonte der Verwaltungsausschuss am 12. September 1990, dass er das Darlehen «in Erfüllung des Regierungsbeschlusses vom 12. Juni 1990» gewährt.

Der Ausschuss kam also lediglich dem Regierungsauftrag nach, der jedoch nicht so lautete, wie er schliesslich vom Regierungschef und dem Regierungsekretär ausgefertigt worden ist. Inzwischen ist denn auch bekannt, dass auch der Regierungschef vor der Geschäftsprüfungskommission (GPK) bekräftigte, dass an der Sitzung vom 12. Juni 1990 «kein Be-

schluss zur Darlehensvergabe» gefasst worden ist. Durch die irreführende Ausfertigung des Regierungsbeschlusses wurde zunächst der Verwaltungsausschuss getäuscht. Die von dieser Irreführung nicht Kenntnis besitzenden Mitglieder der Kollegialregierung konnten schliesslich nicht ahnen, dass der Ausschuss dem Vertrag nur infolge dieser Irreführung «in Erfüllung des Regierungsbeschlusses», also weisungsgemäss, bekräftigte.

Die Ansicht des Regierungschef-Stellvertreters bestätigt auch Regierungsrat Wilfried Büchel. Obwohl er sich zu diesem Traktandum sehr wohl ablehnend geäußert hat, schenkte auch er letztlich dem ressortführenden Regierungschef Vertrauen in seine Aussagen, «dass sämtliche Fragen bezüglich Deckung, Sicherheit sowie auch die rechtlichen Aspekte eindeutig geklärt seien».

### Darlehen nicht gesichert

Dass das Darlehen jedoch bereits zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung nicht gesichert war, geht aus einem kurz darauf seitens der Finanzkontrolle an die Regierung gerichteten Wiedererwähungsantrag hervor. In einer Aktennotiz an die Finanzkontrolle vertrat der Regierungschef jedoch die Ansicht, dass eine neuerliche Behandlung durch die Regierung nicht zielführend sei. Dies be-

stätigt in einem Interview auch der Abgeordnete Carl Kaiser (FBP), Mitglied der GPK. In diesem Interview (siehe Seite 7 in dieser Ausgabe) legt Carl Kaiser auch dar, weshalb die Rechtmässigkeit der Darlehens-Gewährung nicht gegeben ist.

### Zweites Verlustgeschäft

In einem weiteren Gespräch (Seite 7) geht der Abgeordnete Johann Kindle (FBP), Mitglied der GPK, auf ein zweites Verlustgeschäft ein, das die Regierung mit Geldern der Pensionsversicherung getätigt hat. Beim früheren Burg-Café, das im Besitze der Pensionsversicherung ist, blieb vom damaligen Pächter zuletzt die Zahlung des Pachtzinses aus. Der dadurch entstandene hohe Verlustbetrag ist, wie der Regierungschef in Beantwortung der entsprechenden Anfrage von Johann Kindle im Landtag bestätigen musste, «vorsorglicherweise» per Ende 1990 bereits abgeschrieben worden.

In unserem Gespräch zeichnet Johann Kindle auch auf, wie die Darlehens-Affäre ins Rollen kam und warum die FBP-Fraktion erst im Landtag vom April 1991 eine Aufdeckung der Hintergründe in die Wege leiten konnte.

(Die erwähnten Interviews sind auf Seite 7 dieser Ausgabe zu finden.)

## KOMMENTAR

Spätestens seit den «Kreislaufbeschwerden» nach der Staatskrise ist bekannt, auf welche Art das «Vaterland» jegliches Ungemach des Regierungschefs unter den Tisch zu kehren pflegt. Die Pensionskassen-Affäre wurde nun aber in einem «Vaterland»-Leitartikel (12. Dezember 1992) dazu benützt, den Regierungschef gleich auch noch von anderem Ungemach loszusprechen. Wenn nur diese Widersprüche nicht wären.

Im besagten «Vaterland»-Leitartikel wird etwa behauptet, die Versuche der FBP, «einen mit allen Mitteln herbeigeredeten Keil in den nach wie vor gut funktionierenden Dialog zwischen Landesfürst und Regierungschef Brunhart zu treiben», seien gescheitert. Warum dann allerdings wird nur drei Tage zuvor dem Landesfürsten von demselben Redaktor im «Vaterland» die Frage gestellt, ob «das Eis, das sich im Ver-

### Eine Lossprechung voller Widersprüche

lauf der Staatskrise gebildet hat, gebrochen ist und die Gespräche zwischen Fürst und Regierung wieder funktionieren? Aber, aber: Wie kann denn seitens der VU von einem eisigen Klima gesprochen werden, wenn doch alles nur ein herbeigeredeter Keil ist? Und was heisst «wieder funktionieren», wenn doch alles immer bestens funktioniert hat? Dieses unrühmliche Kapitel in der Tradition des guten Einvernehmens früherer Regierungen mit dem Fürstenhaus soll nun also nur ein herbeigeredeter Keil der FBP sein.

Im erwähnten Leitartikel wird der FBP weiters vorgeworfen, sie habe erfolglos versucht, dem Regierungschef eine Reihe von Verfassungsbrüchen anzuhängen. Diese Aussage allerdings zeugt nicht eben von grossem Respekt vor der Meinung des Staatsoberhaupts, denn wer bitte hat dem Regierungschef öffentlich und wiederholt Wortbruch und Verfassungsbrüche vorgeworfen: Der Landesfürst oder die FBP?

Nun hat sich unser Land bekanntlich für die Version des Landesfürsten entschieden und vorläufig den Rucksack der Schweiz verlassen. Der Regierungschef wertete dies freilich als Bestätigung seiner «längerfristigen» Integrationspolitik, die ganze fünf Tage (!) vor der Abstimmung eine radikale Kehrtwendung erfuhr, denn auf einmal wollte man von der heiligen Allianz von wegen Gleichschritt mit der Schweiz nichts mehr wissen.

Die Staatskrise mit samt den unrühmlichen Nebenerscheinungen – dank dem «Vaterland» erfuhr die Auslandspresse, dass Trunkenheit am Steuer im Falle des liechtensteinischen Regierungschef als «Kreislaufkollaps» zu taxieren ist – hätte übrigens vermieden werden können, wäre der Regierungschef damals zu seinem Wort gestanden, in der Europa-Frage gemeinsam mit dem Staatsoberhaupt vorzugehen. Zu jenem 28. Oktober 1992 kam es nämlich, weil Landesfürst («Nicht im Rucksack der Schweiz in den EWR») und Regierungschef («Für die Regierung kommt nur ein EWR-Gleichschritt mit der Schweiz in Frage») auf ihren gegensätzlichen Standpunkten verharrten. Da eine solche «längerfristige» Aussenpolitik, hier jede Menge innenpolitisches Ungemach: Seit dem stimmungsvollen FBP-Nominationsparteitag stellt sich dazu mit dem integren, fähigen und unverbrauchten Regierungschef-Kandidaten Markus Büchel den mündigen Bürgerinnen und Bürgern eine echte Alternative zur Wahl.

Martin Frommelt

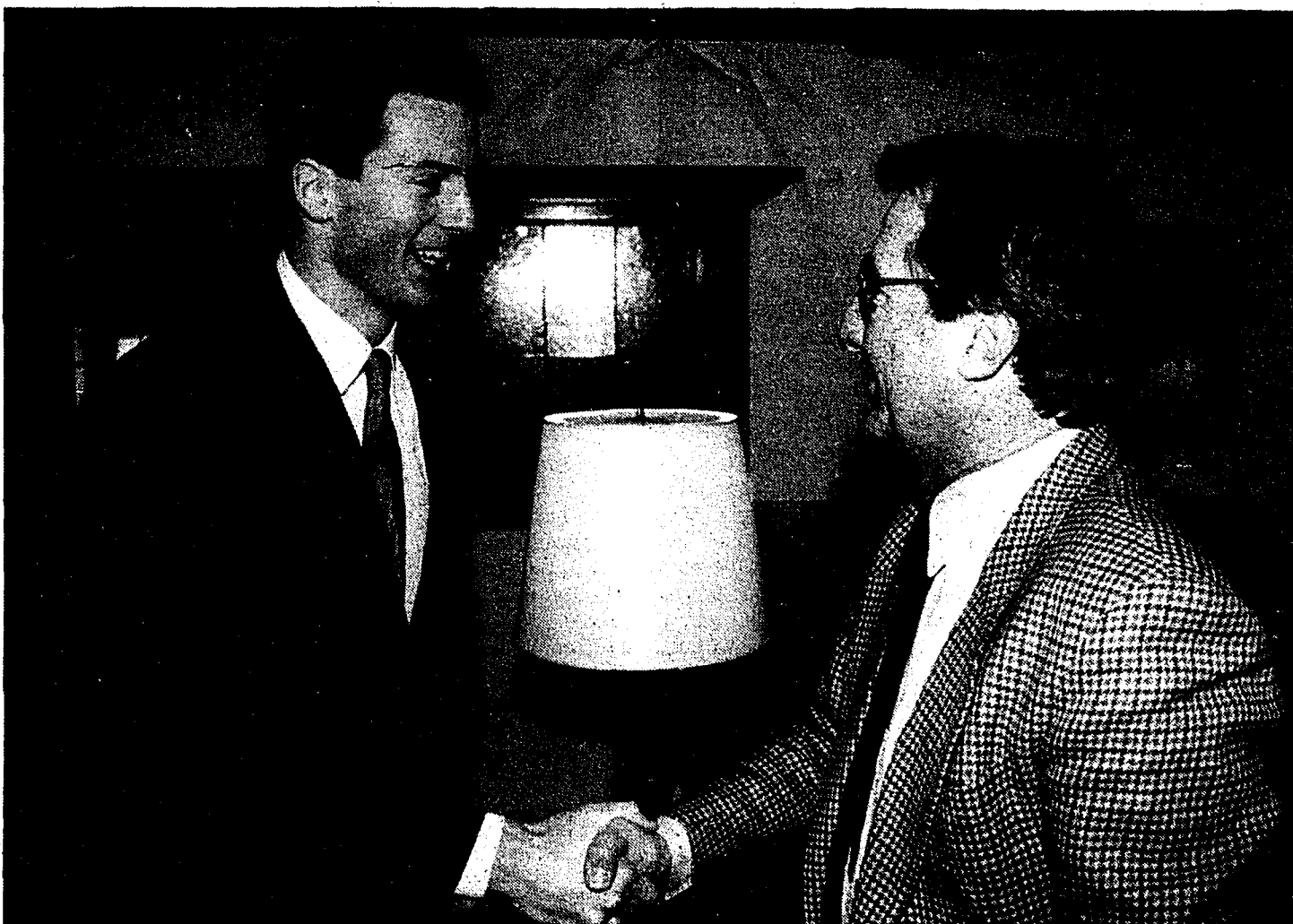
## Schweiz baute eine neue Brücke zur EG

Bern (AP) Die Schweiz hat trotz der Absage an den EWR eine neue Brücke zur EG gebaut: Als Zweitrat brachte der Nationalrat am Mittwoch oppositionslos mit 126 Stimmen den Transitvertrag unter Dach. Mit der breiten Abstützung will das Parlament auch Bundesrat Adolf Ogi stärken, der drohende Diskriminierungen der Schweizer Fluggesellschaften im EWR-Raum abwenden soll.

Das vom Parlament in letzter Instanz gutgeheissene Abkommen sichert der Schweiz für zwölf Jahre die 28-Tonnen-Limite sowie das Nacht- und Sonntagsfahrverbot im Strassentransit. Im Gegenzug muss sie pro Tag hundert 40-Tonner mit eiligen und verderblichen Gütern durchlassen, sofern die Bahnkapazität ausgelastet ist und die Camions den neuesten Umweltschutznormen entsprechen. Ausserdem verpflichtet sie sich gegenüber der Europäischen Gemeinschaft (EG), die Huckepack-Kapazität bis 1994 zu verdreifachen und längerfristig das Alpentransitkonzept NEAT zu realisieren. Die Debatte drehte sich nicht in erster Linie, um den Inhalt des Vertrages, für den Ogi und seine Unterhändler grosses Lob zu hören bekamen, sondern um den taktischen Gebrauch des Vertrags nach dem EWR-Nein vom 6. Dezember.

## Erbprinz Alois vor der internationalen Presse

Einladung des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC) – Generalversammlung und Diskussionsrunde



Erbprinz Alois von Liechtenstein war gestern Abend Gast beim Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC), der anlässlich seiner Generalversammlung eine Diskussionsrunde mit dem Erbprinzen für die international tätigen Mitglieder aus Presse, Radio und Fernsehen durchführte. Unser Bild zeigt LPC-Präsident Walter B. Wohlwend bei der Begrüssung des Erbprinzen im Hotel «Real» in Vaduz.

## Volksinitiative für EWR-Beitritt

«Brückenschlag-Initiative» aus Freiburg wurde gestern vorgestellt

Freiburg (AP) Mit der «Brückenschlag-Initiative» wollen der Freiburgerische Handels- und Industrieverein und Studierende an der Freiburger Universität eine zweite Volksabstimmung über den EWR-Beitritt herbeiführen. Die wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Isolation der Schweiz in Europa müsse abgewendet werden, hiess es an der Pressekonferenz am Mittwoch in Freiburg.

Die «Brückenschlag-Initiative für eine starke und geeinte Schweiz in Europa» verlangt die Ergänzung der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung mit dem Auftrag: «1. Die schweizerische

Eidgenossenschaft strebt den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an» und «2. Zu diesem Zweck nimmt sie mit den Vertragsparteien des Europäischen Wirtschaftsraumes neue Verhandlungen auf».

Bereits am Dienstag gaben im Komitee «Geboren am 7. Dezember» zusammenarbeitende Jugendorganisationen ihre Pläne für die Lancierung einer gleichgelagerten Volksinitiative bekannt. Die Freiburger Initianten sagten ähnlich wie die Vertreter des Jugend-Komitees am Vortag, sie seien zur Zusammenarbeit mit allen Kräften bereit.

## Mehrheit der Dänen für Europa-Union

Kopenhagen/Den Haag (AP) Nach den Zugeständnissen auf dem EG-Gipfel in Edinburgh wächst in Dänemark offenbar die Zustimmung zur Europäischen Union. Einer am Mittwoch veröffentlichten Umfrage zufolge würden bei einer neuen Volksbefragung 59 Prozent für den Vertrag von Maastricht stimmen. Die Niederlande ratifizierten unterdessen als neuntes Land der Gemeinschaft das Abkommen. Der britische Premierminister John Major bekräftigte erneut, sein Land werde den Maastricht-Vertrag im nächsten Sommer verabschieden.

Mit ihrer Ablehnung der Europäischen Union hatten die Dänen im Juni eine Krise in der EG ausgelöst.

DS-140, Design: Reto Frigg

**deSede-Handwerk.**  
Die Liebe zum Detail.

Ursprüngliches, natürliches Leder und ausgewählte Stoffe – verarbeitet nach höchsten Qualitäts-Massstäben. deSede. Spürbare Handwerkskunst made in Switzerland.

**deSede**

**THONY**

FL-9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
Tel. 075-2-44-22

**WOHNEN**

Langlauf  
Total!

natürlich von

**SchuhRisch**

sport kaufin  
schooni